

Pressemitteilung

111. Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter vom 9. bis 11. November 2011 in Würzburg

Zu ihrer 111. Arbeitstagung traf sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter vom 9. bis 11. November 2011 in Würzburg.

Ein Schwerpunkt der Beratungen war das Thema **Kinderschutz**. Dr. Heike Schmid-Obkirchner vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellte die aktuellen Entwicklungen zum **Bundeskinderschutzgesetz** vor. Insbesondere ging sie auf die Änderungen ein, die sich durch die Annahme des von den Koalitionsfraktionen im Bundestag eingebrachten Antrages ergeben haben. Dabei handelt es sich überwiegend um kleinere Korrekturen. Für die Praxis relevant ist vor allem die Rücknahme der geplanten Änderungen im § 86 Abs. 6 SGB VIII, die bislang – und damit auch künftig – nach zwei Jahren einen Zuständigkeitswechsel für Vollzeitpflegeverhältnisse an das Jugendamt vorsehen, in dem die Pflegefamilie lebt. Positiv bewertet wurde die neu aufgenommene Evaluationsklausel, wonach die Wirkungen des neuen Gesetzes bis zum 31.12.2015 überprüft werden müssen. So ergibt sich eine Möglichkeit der Nachsteuerung. Zurzeit wird das Gesetz in den Ausschüssen des Bundestages beraten. Am 25.11.2011 entscheidet der Bundesrat.

Die BAG Landesjugendämter hat beschlossen, für die Umsetzung des BKiSchG – sofern dies zum 1.1.2012 in Kraft tritt – in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe - AGJ gemeinsame Empfehlungen zu erarbeiten.

Abgerundet wurde die Thematik durch Vorträge von Prof. Dr. Christian Schrappner, der die Befunde aus dem Projekt „Qualitätsentwicklung für den Kinderschutz in Jugendämtern in Rheinland-Pfalz 2009-2011“ präsentierte, sowie von Annette Reiners, Bayerisches Landesjugendamt, die Ergebnisse der Begleitenden Arbeitsgruppe zum Projektbereich „Lernen aus problematischen Kinderschutzverläufen“ des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen vorstellte. In beiden Vorträgen wurde erkennbar, wie sich praktische Weiterentwicklungen des Kinderschutzes vor Ort gestalten lassen und welche positive Wirkungen sich daraus ergeben können.

Die Landesjugendamtsleitungen zeigten sich sehr zufrieden mit dem Verlauf der **Kampagne „Das Jugendamt. Unterstützung, die ankommt“**, die von Anfang Mai bis Anfang Juni bundesweit stattgefunden hatte. Klares Votum war, an die Erfolge der Kampagne anzuknüpfen und dadurch nachhaltige Wirkungen zu erzielen. Die Kampagnen-Arbeitsgruppe wurde beauftragt, hierzu Vorschläge zu entwickeln.

Ein intensiver Austausch erfolgte zur Umsetzung der Forderungen aus dem **Runden Tisch „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“**, wonach in jedem Bundesland regionale Anlaufstellen für Betroffene eingerichtet werden sollen. Der Start ist zum 1.1.2012 vorgesehen. Die Landesjugendamtsleitungen tauschten sich über den Stand der Umsetzung in ihren Bundesländern aus und vereinbarten, sich über die landesspezifischen Entwicklungen gegenseitig auf dem Laufenden zu halten.

Ein weiteres wichtiges Thema war die **Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen**. Konsens war, dass Inklusion, unabhängig von der großen oder kleinen Lösung, nur dann erreicht werden kann, wenn die betroffenen Institutionen wie z.B. die Schulen über die entsprechende personelle Ausstattung und die nötigen fachlichen Ressourcen verfügen.

Die Leitungen der Landesjugendämter wählten Ursula Specht, Landesjugendamt Sachsen, als neues stellvertretendes Mitglied im Vorstand der BAG Landesjugendämter.

Weitere Themen auf der Agenda waren

- Entwicklungen zum Runden Tisch „Sexueller Missbrauch“
- Umsetzung der EU-Jugendstrategie
- Rückblick auf den 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Stuttgart
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung

Die 112. Arbeitstagung wird vom 2. bis 4. Mai 2012 in Wiesbaden stattfinden.